

# Rheingauer Bürgerfreund

Der "Rheingauer Bürgerfreund" erscheint wöchentlich drei mal: Dienstags, Donnerstags und Samstags, an letzterem Tage mit dem Unterhaltungsblatte "Plaudertaschen".

## Anzeiger für den Rheingau

### Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich  
Fernsprecher No. 88.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: die einspaltige Petzelle 40 Pfennig, die Reklamezelle 1.50 Mk. Beilagengebühr nach Ueberenkunst.

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

Nº 106

Donnerstag, den 2. September 1920

71. Jahrgang

#### Amtlicher Teil.

##### Bekanntmachung.

Das Reichskanzleramt hat bis auf weiteres folgende Erleichterungen im Steuerabzugsvorfahren einzutreten lassen, die hiermit öffentlich bekanntgegeben werden:

1. Übersteigt der abzugspflichtige Teil des Arbeitslohnes — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15 000 Mk., nicht aber den Betrag von 30 000 Mk., so sind bis auf weiteres von dem Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umgerechnet, den Betrag von 15 000 Mk. nicht übersteigt, 10 vom Hundert, von dem übrigen Teil des Arbeitslohnes 15 v. H. einzubehalten.

2. Vom Abzuge bleiben bis auf weiteres frei: besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche zu 6 Arbeitstagen, der Arbeitsmonat mit 25 Tagen und das Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen.

Die diesseitige Bekanntmachung über Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 12. 8. 1920 (Amtl. Kreisbl. Nr. 99 2) wird unter Biffer 5c entsprechend geändert.

Rüdesheim a. Rh. den 26. August 1920.

Finanzamt.

##### Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit Telegramm vom 30. 8. die Gültigkeit des § 1b der vorläufigen Schirmungen zum Lohnabzug vom 28. 7. 20 über Freilassung von Durchschnittsbeträgen vom Steuerabzug bis Ende September 1920 verlängert.

Der § 1b lautet:

§ 1b.

In Betrieben, in denen mehr als zwanzig Arbeitnehmer ständig beschäftigt sind, kann der Arbeitgeber im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung bis zum 30. September 1920 an Stelle der gemäß § 1 Abs. 1, 2 und § 2 Abs. 3 freizulassenden Beträge die folgenden Durchschnittsbeträge vom Steuerabzug freilassen:

1. bei allen in dem Betriebe ständig beschäftigten Arbeitnehmern, die nicht dauernd von ihrer Chefin trennen leben oder zu deren Haushaltung minderjährige Kinder zählen,

a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen ein Betrag von 12 Mk. für den Tag,

b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen ein Betrag von 75 Mk. für die Woche,

c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten ein Betrag von 300 Mk. für den Monat;

2. bei allen übrigen in dem Betriebe ständig beschäftigten Arbeitnehmern

a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen ein Betrag von 8 Mk. für den Tag,

b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen ein Betrag von 50 Mk. für die Woche,

c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten ein Betrag von 200 Mk. für den Monat.

Der zehnprozentige Abzug ist nur von dem Betrage zu verzehren, um den der Arbeitslohn die im Abs. 1 bestimmten Durchschnittsbeträge übersteigt.

Rüdesheim a. Rh., den 1. September 1920.

Finanzamt.

## Die Unruhen in Breslau.

Um 26. August stand in Breslau eine gewaltige Kundgebung gegen die polnischen Übergriffe statt. Als aus Oppeln das Gericht eintraf, polnische Hinter-Soldaten kamen die deutsche Bevölkerung angegriffen, zog eine viertausendköpfige Menschenmenge nach dem polnischen Konsulat, zerstörte die Einrichtung, dann zog die empörte Menge nach dem französischen Konsulat, wo sich die dort aufgestellte Sicherheitswehr, richtete auf dem Konsulat große Verstüppungen an und plünderte zum Teil die Einrichtungsgegenstände. Die französischen Beamten mussten fliehen. Für diese Taten verlangt nun die französische Regierung eine schwere Sühne und hat gestern die deutschen Regierung darüber nachstehende Note überreicht:

Amtlich wird mitgeteilt: Der französische Botschafter überreichte dem Reichsminister des Auswärtigen die Note wegen der Breslauer Vorgänge.

##### Der Wortlaut.

Die von der französischen Botschaft überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Herr Minister! Im Anschluß an meine Note vom 27. August beehre ich mich, Eurer Exzellenz die Bedingungen der Republik für die Beliegung des ersten Zwischenfalls bekannt zu geben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau zugegriffen hat.

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in Stand gesetzt.

2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Plünderei erlittenen materiellen Verluste und für den Schaden, der ihnen durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Urkunden und Wertpapiere entstanden sein könnte, sowie für die besonderen Auswendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.

3. Alle am Überschall Beteiligten werden ermittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlung wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt.

4. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Überschalls möglich war, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält.

5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten von Oberschlesien und des französischen Botschaftsrats wieder eröffnet. Die Flagge wird gleichzeitig gehisst und weht bis 7 Uhr abends. Eine Kompanie Reichswehr mit Musik erweist die Ehrenbezeugungen und defiliert vor dem Konsulat. Das Programm des Alles wird im Einvernehmen mit der Botschaft festgestellt.

Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die gegenwärtige Tat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie die Beliebigung des französischen Botschafters am 26. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Maßnahmen gegen den Hauptmann v. Arem. Die Regierung der Republik wünscht, mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Verhüllung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten; aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe seindriger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre zivilen und militärischen Vertreter in Deutschland zeigen, daß es gewisse Elemente auf Herausforderungen geradezu abgesehen, zu denen das regelmäßige Ausbleiben einer Bestrafung geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand von Tag zu Tag sich verschlimmern wird, wenn die deutsche Regierung nicht durch deutliche Missbilligung und Bestrafung zeigt, daß sie dem Ende machen will. In diesem Sinne beehre ich mich, im Auftrage meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die deutsche Regierung alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Staatsangehörige gewesen sind, mir in der Botschaft durch den Reichsanzler ihr Verdauern ausspricht und zugleich die Zusage erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderten Entschuldigungen in vollem Umfang gewährt werden. Im übrigen behalten sich die Verbündeten selbstverständlich vor, Maßnahmen und Wiedergutmachungen zu verlangen, die die Übergriffe, denen die interalliierte Kontrollkommission und ihre Mitglieder ausgesetzt waren, zu erfordern scheinen. Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Charles Laurent.

##### Die Reichsregierung.

Über die Note stand Dienstag nachmittag eine Kabinettssitzung statt, dessen Ergebnisse noch nicht feststehen, sich aber einigermaßen aus der Tatsache deuten lassen, daß der Reichsminister Dr. Simons sofort nachher dem französischen Botschafter einen Besuch abstattete, um mit ihm über die Einzelheiten der Note Nachsprache zu nehmen. Es verlautet, daß Dr. Simons nichts unterstellt, darauf hinzuweisen, daß eine Reihe Forderungen der französischen Regierung so schwerer Natur sei, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungnahme vorbehalten müsse. Zu den schwierigsten Problemen gehören unzweifelhaft die Forderung nach sofortiger Bestrafung der an der Zerstörung des Konsulats Schuldigen, sowie die Sühneparade vor der französischen Fahne.

Die Parteien dürften mit Ausnahme der Deutschen-Nationalen der Regierung kaum wesentliche Schwierigkeiten machen. Wie der Berliner "Volks-Anzeiger" mitteilt, ist selbst die Deutsche Volkspartei entschlossen, sich auf jeden Fall hinter die Regierung zu stellen und die Folgen der Koalition auf sich zu nehmen, auch wenn sie selbstverständlich in diesem Augenblick ihre Haltung als sehr unangenehm empfindet.

## Zur Tagesgeschichte.

Französische Anleihe.

Die Pariser Blätter melden, daß es der französischen

der Spitz gelungen sei, eine Anleihe von 150 Millionen Dollar bei einer Bankengruppe unter Führung der Morganschen Bank abzuschließen. Das Geld dient zur Rückzahlung des französischen Anteils an der gemeinsamen Anleihe von 500 Millionen Dollar, die England und Frankreich während des Krieges in den Vereinigten Staaten gemacht hat. Die französische Staatskasse hat somit für kommenden Oktober nur noch 100 Millionen Dollar aus ihren eigenen Mitteln für ihren Schuldenanteil aufzutragen.

## Ungehorende Verwaltungskosten.

Die Kosten für die Reichsverwaltung sind derartig gestiegen, daß auch von weit unterschreitender Seite nachdrücklich auf eine Beschränkung des Beamtenapparates hingewiesen wird. Der Bedarf des ordentlichen Haushalts des Reichs im Jahre 1920 zeigt in der Zusammenfassung der fortlaufenden und einmaligen Ausgaben nach dem vorläufigen Voranschlag folgende geradezu erschreckende Entwicklung:

Reichsministerium des Auswärtigen	302 068 708
Reichsministerium des Innern	671 243 633
Reichsministerium für Wiederaufbau	44 987 605
Reichswirtschaftsministerium	39 782 395
Reichsarbeitsministerium	1 066 821 545
Reichswehrministerium, Heerwesen	1 583 268 865
Marine	394 036 547
Friedenskommission	4 331 235
Reichsmilitärgericht	797 700
Reichsjustizministerium	11 813 103
Reichsverkehrsministerium	318 997 117
Pensionen und Versorgung	99 091 426
Reichsversorgungsgesetz	2 680 928 062
Rechnungshof	1 200 000 000
Reichsschulden	1 562 564
Reichsfinanzministerium	12 411 731 174
Allgemeine Finanzverwaltung	866 209 475
	3 238 380 000

24 943 915 154

Die Verwaltung des erheblich verkleinerten Reiches kostet uns dennoch etwa 25 Milliarden Mark. In dieser Summe sind die Gesamtkosten der Bevölkerungsreform vorläufig in Höhe von rund 3 Milliarden Mark enthalten, und zwar unter dem Titel "Allgemeine Finanzverwaltung". Dazu kommen dann, wenn man von reinen Verwaltungsausgaben spricht, noch die allerdings bescheidenen Aufwendungen für den Reichspräsidenten in Höhe von etwa 720 000 Mark, für den Reichstag in Höhe von etwa 7½ Millionen und für das Reichsministerium (Reichsanzler) in Höhe von etwa 720 000 Mark. In diesen Biffer sei noch erwähnt, daß die gesamten Ausgaben des ordentlichen Haushaltes im Jahre 1913 einschließlich der Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden, welche in obiger Zusammenstellung nicht enthalten sind, zusammen nur etwa 2½ Milliarden Mark betragen haben.

## Beruhigung in Oberschlesien.

Der preußische Pressedienst teilt mit: Im gesamten oberschlesischen Industriegebiet arbeiten gegen 70 Prozent. Im Hindenburgbezirk ist die Zahl der Arbeitswilligen noch größer. Auf den Delbrückzonen sind nur noch 16 Prozent der Arbeiter ferngeblieben.

Die Dena gibt eine Meldung des "Echo de Paris" wieder, nach der der Oberste Rat beschlossen hat, die Frist zur Entwaffnung der oberschlesischen Bevölkerung bis zum 12. September zu verlängern. Die Entwaffnung ist eine generelle. Infolgedessen werden von ihr auch die neu gebildeten polnischen Ortswehren betroffen.

Die polnische Presse übt zur Zeit aufsäsende Zurückhaltung. Zum Beobachter Abkommen schreibt die "Grenzzeitung", daß dieser Friede nicht sofort in seinem ganzen Umfang in Kraft treten wird. Polen betrübt darum, daß für Gewalttaten weder der deutsche noch der polnische Volksstiel in seiner Gesamtheit verantwortlich sei. Es sollte auch nicht gesagt sein, daß jeder Deutsche und jeder Pole an den Übergriffen beteiligt gewesen sei. Im übrigen werden durch den Warschauer Außenminister die deutschen Pressemeldungen über das Eingreifen polnischer Truppen in Oberschlesien entschieden dementiert.

Die interalliierte Abstimmungskommission Oberschlesiens bestätigt die Zeitungsmeldung, daß die Kommission vom Obersten Rat die Anweisung zur Festsetzung des Abstimmungstermins erhalten habe.

## Die Folgen des Ausstandes.

Aus Industriestädten wird uns mitgeteilt: Die Ausstandsbewegung ist wie mit einem Schlag verschwunden. Das innere und äußere Leben widelt sich wieder normal ab. Die Arbeit ist durchweg in Gang. Welchen materiellen Schaden die Augustfeiern, abgefeuert von sonstigen Weiterungen, in Oberschlesien angerichtet haben, ist noch nicht zu übersehen. Dort wird man mit außerordentlich hohen Zahlen rechnen müssen. Fordern doch die Polen für ihren Schaden in Katowitz von der Stadt allein 6 Millionen Mark. Daß die Nahrungsförderung außerordentlich beeinträchtigt wurde, liegt bei der Tatsache des Streiks und den Gewalttaten gegen die Arbeitswilligen auf der Hand. Bei Ausbruch des Streiks am 19. August betrug der Hauptverbrauch 112 000 Tonnen täglich. Diese Ziffer war am 20. August auf 75 Prozent, am 21. August auf 38 Prozent gesunken. Von 26. August ab fing sie wieder langsam an zu steigen. Der Ausfall vom 20. August bis 26. August beträgt rund 400 000 Tonnen. Die Wirkung dürfte in erster Linie die Eisenbahn treffen, weiter

an die Industrie, was, Verteilungsverteilung; vor allem aber die Industrie, die bis Ende September zwei Drittel ihres gesamten Campagnebedarfs gedeckt haben muss.

## Der russisch-polnische Krieg.

Die militärischen Operationen auf dem polnischen Kriegsschauplatz sind endgültig in der Gegend von Bielsk zum Stehen gekommen. Russland meldet die Herstellung neuer Verstärkungen, man ist also berechtigt, den Ausgang des polnischen Gegenseitig nicht höher als eine Nemispartie, die allerdings das Schlimmste von Polen einzuweisen abgewehrt hat, zu bewerten. Das Schwergewicht liegt nun bei dem Fortgang der diplomatischen Verhandlungen. Es ist ganz unmöglich, deren Verlauf und die Absichten der beiden Gegenspieler nach den vorliegenden Telegrammen auch nur annähernd zu übersehen. Fraglos spielen hinter den Kulissen sich abwickelnde Verhandlungen mit den Großmächten hierbei eine gewisse Rolle. Im allgemeinen hat man aber den Eindruck, daß sich die Gegenseite allein schon bei den Vorbesprechungen verließen. Aus Warschau kommende Privatmedien beurteilen die dortige Stimmung auch als sehr wenig friedensfreudlich.

Nach einer Meldung des "Paris Midi" berichtet die "Chicago Tribune" auch Warschau, daß die polnischen und russischen Delegierten Mitte September in Riga die Verhandlungen fortsetzen werden.

Der Berichterstatter der "Information" in Warschau hatte eine Unterredung mit Marshall Pilsudski, wobei dieser erklärte, daß angesichts der ausgedehnten Front und der numerischen Stärke des polnischen Heeres er es für unmöglich halte, daß das polnische Heer eine rein defensive Haltung einnehme, wie dies von der Entente gewünscht werde. Wenn Polen auf der sogenannten Grenzlinie Halt mache, so hieße dies, daß Polens Ansprüche mit dieser Grenze erfüllt sind.

### Polnische Gegenvorschläge.

Die polnischen Gegenvorschläge zu den einzelnen Punkten der russischen Friedensbedingungen besagen u. a. zu Punkt 1: Die Sowjetregierung muß die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennt. Es ist selbstverständlich, daß Polen sein innerpolnisches Leben ganz selbstständig ohne Einmischung anderer Staaten organisieren kann.

Zu Punkt 2 macht Polen folgenden Vorschlag: Keiner der Staaten braucht die Kriegsosten zu erkennen. Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die Ostgrenze Polens reicht. „Die Kraft dieses Elements muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig halten wir es für unsere Pflicht, dem Volke, daß das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen.“

Zu Punkt 3: Die Absicht, Polen die Verpflichtung einer Heeresverminderung anzuerlegen, wird als Entwürdigung des polnischen Volkes категорisch zurückgestellt. Russland folgt augenscheinlich mit vollem Bewußtsein dem Beispiel Peter des Großen und Katharina 2., eine Politik, welche dieselben Forderungen stellte und zu dem Verbrechen der Teilung führte. „Es sieht uns umso mehr in Erstaunen, weil es doch bekannt ist, daß das Sowjetregime den Militarismus auf die höchste Entwicklungsspitze brachte und nicht im geringsten die Absicht zeigt, seine eigene Wehrmacht zu beschämt.“

Zu Punkt 10: Polen behält sich das Recht vor, allein an der Grenze ein Heer von 200 000 Mann zu halten. Für Polen wird es dann erst möglich sein, an die Demobilisation zu denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht hat, was Polen als echt demokratisches Reich schon lange erhofft. Die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Heeres durch Arbeitermilitärs würden einen völligen Umsturz des Basis der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen können und als solche überhaupt nicht in Betracht gezogen werden.

Entsprechend den vorhergehenden Ergebnissen kann die polnische Regierung unter keinen Umständen zu einer einseitigen Verpflichtung der Demobilisation ihre Einwilligung geben. Das einzige Richtige wäre, daß beide Seiten gleichzeitig demobilisiert, und zwar sofort nach Friedensschluß.

### General Wrangel.

Ramnew hat ein Telegramm erhalten, daß die Landungstruppen des Generals Wrangel im Kubangebiet vollständig vernichtet sind. Die roten Truppen

## Contessa Iolandas seltsame Heirat.

Ein Roman aus der römischen Gesellschaft.

Von A. Voeltz.

44

(Nachdruck verboten.)

Signora Toselli nimmt die Nachricht von der Verlobung ihrer Tochter mit geheimem Bangen auf. Auch gefällt ihr die Generosität des Fürsten nicht.

„Kein Mann ist gegen Geld ganz unempfindlich — auch, wenn er noch so reich ist,“ meint sie kopfschüttelnd.

„Du solltest Dich über mein Glück freuen, Mutter!“ erwidert Iolanda, ihre eigene Unbehaglichkeit abschüttelnd. „Anstatt dessen lädt Du den Kopf hängen.“

Und die brave Lehrerstwitwe schweigt und schluckt ihre weiteren Bedenken hinunter, um die Tochter nicht unnötig aufzuregen. Was geschehen ist, ist eben geschehen; daran gibt es nichts zu ändern.

Die ganze römische Gesellschaft befindet sich in einem fiebhaft erregten Zustand. Die Verlobung des Fürsten Boris Barescu mit der schönen Contessa Iolanda Millesiore bildet das Tagesgespräch. Man überschüttet die junge Braut mit Lob, Schmeicheleien und Huldigungen jeder Art — ein Wunder, daß sie nicht völlig den Kopf verliert.

Iolanda steht auf dem Zenith ihrer Popularität. Dedes illustrierte Journal bringt das Portrait der zukünftigen „Fürstin Barescu“, mit einer kurzen Biographie, und der gute feste Paolo Toselli, der einfache Lehrer von Frascati, hat es sich gewiß nie trauen lassen, daß sein Name einsdrückt in alle Häuser Rom's und weit darüber hinaus wandern würde.

hatten ihre Verbindung abgeschlossen, sie umringt und vollkommen vernichtet. Die Regierung des Generals Wrangel sei mit noch Herr über die Krim.

## Allerlei Nachrichten.

### China liebert Kohlen.

Die Tatsache, daß in nächster Zeit die ersten chinesischen Kohlen auf dem europäischen Markt erscheinen werden, ist von der europäischen Presse allgemein beachtet worden. Es handelt sich um eine Probelieferung von 10 000 Tonnen an die Verwaltung der österreichischen Staatsbahnen und um die Verschiffung einer zehnfaichen Menge nach Marseille. Die englische Fachzeitschrift „Eastern Engineering“ sieht in den Kohlenabflüssen einen neuen Abschnitt in der Entwicklung des chinesischen Ausfuhrhandels. Das Blatt ist der Ansicht, daß, falls die Kohlensäfte Chinas systematisch erschlossen werden, China in der Lage ist, Kohlen zu billigen Preisen auf den Weltmarkt zu bringen. Nach den letzten Schätzungen haben die chinesischen Kohlenfelder eine Ausdehnung von 417 000 englischen Quadratmeilen. Die Kohlenvorräte in der Provinz Schantung allein imstande, den gesamten Weltbedarf an Kohle für mehrere hundert Jahre zu decken. Die Anthrazitvorräte Chinas sind viermal größer als die gesamten Weltvorräte. Die meisten chinesischen Kohlengruben können ohne größere Schwierigkeiten und mit Hilfe billiger Arbeitskräfte ausgebaut werden. „Eastern Engineering“ ist der Ansicht, daß mit der Ausbeutung der Kohlenvorräte den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas beschleunigt wird. Durch den Absatz seiner Rohstoffe erweiterte sich die Aufnahmefähigkeit des Landes für Einfuhrwaren.

### Massenerschiebung Deutscher.

Große Aufregung verursacht die Ausdehnung des Massenerschiebungen in Josephstal. In diesem kleinen Ort, unweit Deutsch-Württemberg, hat an der polnischen Grenze, wurde ein zehnfaicher Mord aufgedeckt. Es handelt sich um deutsche Arbeiter, die in der Nähe von Katowitz auf einer Grube arbeiteten, von polnischen Banden überfallen, gefangen und über die Grenze nach Polen geschafft wurden. Auf Einwirkung der Behörde wurde der Rücktransport angeordnet. An der Grenze jedoch, in Josephstal, sind sie von Unbekannten in einer geradezu bestialischen Weise niedergemehlt worden. Die Leichen waren zum größten Teil unbeschädigt. Die Täter sind, wie einbandrei festgestellt wurde, nach dem Mord nach dem Dorfhaus gezogen, wo sie an einer gerade stattfindenden Hochzeitsfeier teilnahmen, tranken und tanzten. Die bei der Aufdeckung der Leichen anwesenden englischen Offiziere dienten ihre Empörung und erklärt, daß sie eine derartige schreckliche Tat nicht für möglich gehalten hätten. Sie würden darüber nach England Bericht erstatten.

### Deutsche Flugpost nach London.

Vom 31. August ab verkehrt dreimal wöchentlich im Anschluß an die Flugpoststrecke Malmö-Warnemünde-Hamburg-Bremen eine Flugpost Bremen-Amsterdam mit Fluganschluß nach London und zurück. Zum Flugpostverkehr mit Holland und England sind gewöhnlich und eingeschriebene Postfachen, Briefe und Drucksachen, einschließlich Bildbrief und Rohrpost, zur Beförderung zugelassen. Flugzuschläge sind wie die nach Schweden für Postarie 40 Pf., für Brief je 20 Gramm 40 Pf., für Drucksachen 1 Mark für je 50 Gramm.

### Fleischlose Tage in Baden.

Wie erinnerlich wurde am Anfang Juli ds. J. die Zwangsverschärfung des Fleisches in Baden aufgehoben. Die Fleischarbeiten und alle sonstigen eingehenden Bestimmungen wurden abgeschafft und es kam alsbald zu einem starken Angebot von Fleisch aller Sorten im freien Handel. Auch an der Nachfrage sah es nicht. Schon jetzt stellt sich indessen heraus, daß die völlige Freigabe des Fleisches auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Wie wir hören, sollen zunächst die fleischlosen Tage mit sofortiger Wirkung wieder eingeführt werden. Ob es bei dieser einen Maßnahme zur Regelung des Fleischverbrauchs bleiben wird, muß abgewartet werden.

### Schiebungen von Waffen.

Wiener Blättern zufolge fanden in der Engelsfelder Munitionsfabrik Verhaftungen von leitenden Persönlichkeiten, Beamten und Arbeitern statt. Die Behörden hatten Schließungen von Waffen- und Munitionsverräten im Betrage von sieben Millionen Kronen entdeckt. U. a. fanden Waffen und Munition in größeren Mengen ins Ausland verschoben worden.

## Volkswirtschaft.

Allgemeine Lage. Die Signatur des Tages ist das Anhalten des großen Kampfes zwischen Produzenten und Konsumenten. Letztere drängen nach wie vor mit großer Intensität auf weiteren Preisabbau. Das An-

halten dieses Kampfes unterminiert immer mehr das deutsche Wirtschaftsleben und erzeugt gegenseitige Folgen.

Geldmarkt. Die Börse eröffnete die Woche in leichter Kaltung bei ziemlich aufsteigenden Kurien. Der Hauptverkehr spielte sich am Montanmarkt ab. Trotzdem hielt sich das Geschäft in ziemlich engen Bahnen. Wohl wurde mit etwa 230 G. gehandelt. Kriegsanleihe erzielte 79,30.

Industrie. Mehrere Verbände deutscher Schuhwarenhändler haben sich gegen weitere Preiserhöhungen ausgesprochen. Das Schuhgewerbe zeigt wieder eine etwas lebhafte Bewegung. — Der Industrie soll angeblich vom 1. Oktober ab Spiritus nicht mehr zur Verwendung stehen. Infolge Holzmangels sieht die Solinger Industrie weitere Vertriebsbeschränkungen.

Kohlen. Die Versorgung beruht immer noch auf sehr unsicher und ungünstiger Grundlage. Geringwertige Brennstoffe müssen zur Deckung des Bedarfs dienen.

Warenmarkt. In Textilwaren läßt sich eine Belebung des Geschäfts feststellen. — Die Lederwaren berichtet: Kleinhandel zeigt Bedarf, Preise im allgemeinen beibehalten. — Die Aufzehrung der Zwangsverschärfung des Reims steht bevor. — Die Weltzuckererie wird auf 235 Mill. Zt. (1919: 241, 1918: 246) geschätzt. — Das deutsche Rauchwarengeschäft nähert sich wieder einer stabilisierten Basis. Im Herbst rechnet man auf ein flottes Geschäft.

## Aus dem besetzten Gebiet.

### Eine Räuberbande am Rhein.

Neuwied, 31. Aug. Am 25. August wurden im Wiedbachtal freie Raubüberfälle ausgeführt. Ein Meiermeister aus Neuwied, Lehrer A. von Niederbrebach und ein junger Bürger waren die Opfer von drei im Alter von 20 bis 25 Jahren stehenden Räubern. Die Genannten passierten in zeitlichen Abständen die Landstraße. Jeder einzelne wurde angefallen, mit Revolvern bedroht, geknebelt, seines Rades beraubt und dann über die Böschung geworfen. Dem Lehrer A. nahmen die Diebe auch die Schuhe ab. Sämtliche Telephonleitungen schnitten die Diebe ab und entfernten sich in der Richtung Niederbrebach. An der Hausern Brücke trafen die Diebe auf ein Auto der Brüder aus dem St. Josephshaus Waldbrach. Sie feuerten sofort auf sie, nahmen Besitz von dem Auto und fuhren davon. Im Leyten Augenblick aber schwang sich einer der Klosterbrüder auf das fahrende Auto. Inzwischen war von den früher Überfallenen die Polizei benachrichtigt und sogleich die Verfolgung aufgenommen worden. Bei Roßbach stellte man die Diebe. Es entpuppte sich ein neuer Kampf zwischen Polizisten und den Räubern. Da die ersten durch zahlreiche Passanten verstärkt wurden, flüchteten die Räuber unter Zurücklassung der geräumten Sachen in den benachbarten Wald.

## Lokales und Allgemeines.

### Vortrag.

# Oestrich, 2. Sept. Nächsten Sonntag nachmittags 4 Uhr veranstaltet der hiesige Zentralkaufverein und der Volkverein f. d. lath. D. einen Vortragabend. Der Volkvereinssekretär Kaufmann Wiesbaden spricht über „Die Steuererklärung zum Reichsknotopfer“ und Herr Sektor Kleemann-Eltville über „Die Aufgaben und Arbeitsweise der Ortsvereine“.

### Vortrag über „Reichsknotopfer“.

Oestrich-Winkel, 31. Aug. Nach Mitteilung des Kreisverband für Handwerk und Gewerbe im Rheingaukreis wird Herr Fried. Siegfried, vereidigter Buchenrevieror von Eltville am nächsten Donnerstag, den 2. September, nachmittags 5 $\frac{1}{4}$  Uhr im Saalbau Ruthmann, Mittelheim, über das Thema spricht: Wie muß ich meine Steuererklärung zum Reichsknotopfer abgeben? — Alle Handwerker und Gewerbetreibende sowie Interessenten werden hiermit auf dieses wichtige Kapitel aufmerksam gemacht und der Besuch dringend empfohlen.

### Hallgarter Tage.

Hallgarten, 1. Sept. Der Rhein- u. Taunusklub unternimmt am Sonntag, den 5. September, eine Herrenwanderung nach der Hallgarter Range von Hattenheim aus. Die Wanderung dient hauptsächlich der Beschäftigung und Förderung der notwendig gewordenen körperlichen Veränderungen auf der Hallgarter Range.

### Philharmonischer Verein.

= Geisenheim, 2. Sept. Am Freitag, den 21. August hat der Philharmonische Verein für die Winteraison 1920-21 mit seinen Proben wieder begonnen, welche j

„Offiziell ein glänzender Schleier!“ lächelt er auswischend.

Doch heute gelingt es ihm nicht, durch nichtsgende Liebenswürdigkeiten das gewohnte Grinsen des Schleiers auf ihr reizendes Antlitz zu zaubern. Ernst bleibt ihr Blick.

„Berzehen Sie, Fürst Barescu — aber wie scheint es manchmal, als ob Sie mehr an die Hochzeitsfeierlichkeiten dächten, als an Ihre Braut selbst.“

Wieder huscht ein Schatten von Bestürzung über sein Gesicht.

„Die Braut ist das kostbare Gemälde, Contessa. Die Hochzeitsfeierlichkeit nur der ihrer würdige Rahmen. Seides gehört für mich zusammen.“

„Das läßt sich hören,“ meint sie befriedigt. „Und trotzdem habe ich noch eine Frage auf dem Herzen.“

„Und die wäre?“

Diese Worte färbt ihr Hals und Wangen, als sie leise, verschämt flüstert:

„Lieben Sie mich denn wirklich, Boris?“

„Kennen Sie daran zweifeln, teureste Iolanda?“

„Gewiß nicht. Aber — aber —“

„Nun?“

„Sie sind so anders, wie sonst ein Bräutigam —“

„In ihrer Gefangenheit doppelt reizend, blist sie erwartungsvoll an.“

In seinen Augen flammt es auf. Impulsiv hebt er die Arme, um das entzündende Geschöpf an seine Brust zu ziehen, die ihm willig gebotenen frischen Lippen mit heißen Küßsen zu bedecken —

Doch mit einem leisen Seufzer läßt er die Arme wieder sinken, während eine geisterhafte Blöße sein

Geist überzieht.

(Fortsetzung folgt.)



